

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Informationsmitteilung

über den Verlauf des XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 10. Juli 1990 setzte in Moskau, im Kremldonkopalast, der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine Arbeit fort.

Die Vormittagssitzung verlief unter dem Vorsitz von S. I. Gurenko — 1. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine.

Zu den Ergebnissen der Erörterung des politischen Rechenschaftsberichts des ZK der KPdSU an den XXVIII. Parteitag sprach M. S. Gorbatschow.

Darauf nahm der Parteitag eine Resolution über den politischen Rechenschaftsbericht des Zentralko-

mitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an.

Nach einer Pause begann der Parteitag mit der Aufstellung und Erörterung von Kandidaturen für den Posten des Generalsekretärs des ZK der KPdSU.

Als Ergebnis der Erörterung der aufgestellten Kandidaturen wurden in die Liste für geheime Abstimmung T. G. Awallani und M. S. Gorbatschow eingetragen.

Der Parteitag bildete eine Zählungskommission für die Durchführung der Wahl.

Auf der Nachmittagssitzung nahmen die Delegierten die Mitteilung W. A. Medwedews, Leiter der Kommission für die Vorbereitung des Entwurfs der Programmklärung des XXVIII. Parteitag der KPdSU „Zu humanem, demokratischem Sozialismus“, entgegen.

Darauf fand die Abstimmung zur Wahl des Generalsekretärs des ZK der KPdSU statt.

Im weiteren setzten die Parteitagsteilnehmer die Erörterung des Entwurfs der Programmklärung des XXVIII. Parteitag der KPdSU fort.

Gegen Ende der Nachmittagssitzung gab der Vorsitzende der Zählungskommission die Ergebnisse der Abstimmung bekannt: Zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde M. S. Gorbatschow gewählt. Die Delegierten bestätigten das Protokoll der Zählungskommission.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsident der UdSSR M. S. Gorbatschow hielt an die Teilnehmer des Parteitag eine Ansprache.

GORBATSCHOW Michail Sergejewitsch

Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 2. März 1931 im Dorf Priwolnoje, Rayon Krasnogwardewski, Region Stawropol, in einer Bauernfamilie geboren. Vom 13. Lebensjahr an arbeitete er periodisch im Kolchos, mit 15 wurde er Gehilfe des Kombiführers in einer MTS. Er absolvierte 1955 die juristische Fakultät der Moskauer Staatsuniversität „M. W. Lomonossow“. 1967 beendete er ein Fernstudium an der ökonomischen Fakultät der Landwirtschaftshochschule Stawropol.

Nach Abschluß der Universität arbeitete er in seiner Heimat, in der Region Stawropol. Er fungte als Jurist an, wurde aber bald darauf für eine führende Funktion im Komsomol vorgeschlagen.

Im März 1962 wurde M. S. Gorbatschow zum Parteiorganisator der territorialen Produktionsvereinigungen für Sowchose und Kolchose von Stawropol gewählt und im Dezember desselben Jahres als Leiter der Abteilung für Parteikader des Regionalkomitees der KPdSU bestätigt. Im

September 1966 wurde M. S. Gorbatschow zum 1. Sekretär des Stadtpartei-Komitees Stawropol gewählt. Seit August 1968 war er als 2. Sekretär und seit April 1970 als 1. Sekretär des Regionalkomitees der KPdSU von Stawropol tätig.

1978 wurde M. S. Gorbatschow zum Sekretär des ZK der KPdSU und 1979 — zum Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU gewählt. Im Oktober 1980 wurde er Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU. Im März 1985 wurde er zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt.

Im Oktober 1988 wurde er Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, im Mai 1989 — Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, im März 1990 wurde er zum Präsidenten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gewählt.

Am 10. Juli 1990 wurde M. S. Gorbatschow erneut zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt.

M. S. Gorbatschow besitzt eine Reihe staatlicher Auszeichnungen.



Drei Treffen im Kreml

Moskau, 10. Juli 1990. Die KasTAg-Sonderkorrespondenten berichten aus dem Kremldonkopalast.

In den Tagen der Arbeit des Parteitag fanden Zusammenkünfte M. S. Gorbatschows und anderer Parteifunktionäre mit den Delegierten, ersten Sekretären von Rayon- und Stadtpartei-Komitees, Sekretären von Parteigruppenorganisationen — Arbeitern und Kolchosbauern —. Wegen der großen Beanspruchung der Zentralpresse wurden sie alle darin nur sehr knapp beleuchtet, obwohl sie zu denkwürdigen Ereignissen des Parteitag geworden sind. Wir baten die Delegierten von der Kommunistischen Partei Kasachstans, die sich daran beteiligt hatten, uns ihre Eindrücke von diesen Zusammenkünften mitzuteilen.

Es spricht A. Turganbekow, 1. Sekretär des Rayonpartei-Komitees Panfilow, Gebiet Taldy-Kurgan:

Zu Beginn des Gesprächs informierte sich Michail Sergejewitsch darüber, wie wir die Umgestaltung führen und den Platz und die Rolle der Kommunisten in der sich erneuernden Gesellschaft bestimmen. Er würdigte die Bedeutung der Rayon- und Stadtgliederungen der Partei, die unmittelbar unter den Massen arbeiten.

Es entfalte sich eine lebhaft, ja sogar heftige Diskussion. Viele brachten ihre Unzufriedenheit mit der Arbeit des ZK und des Politbüros zum Ausdruck, die nach Meinung der Delegierten die Sachlage an der Basis ungenügend kennen und Entscheidungen mit bürokratischer Ober-

flächlichkeit treffen. Ich hatte beispielsweise im voraus ein Schreiben an den Sekretär des ZK W. A. Medwedew gerichtet und ihm meine Bemerkungen zur ideologischen Leitung geäußert. Da gibt es viele Unterlassungen. Man sagt uns beispielsweise, es mangle an Papier für die Parteiausgaben. Jedoch wird eine Menge davon, das sieht man besonders in Moskau, für allerlei Nichtsnutziges und Triviales verbraucht.

Ein sachliches, prinzipielles Gespräch entfalte sich über Fragen der Agrarpolitik. Wir konnten nicht die völlig unäquivalenten Preise für Agrar- und Industrieerzeugnisse verschweigen. Die Regierung verspricht, die Lage zu ändern, und wir sprachen uns dafür aus, daß dies so schnell wie möglich geschieht.

Ich möchte noch folgendes bemerken. Man soll nicht denken, daß dies eine Zusammenkunft mit Apparatfunktionären war. Wir alle sind gestrige Arbeiter, Kolchosbauern oder Vertreter der Intelligenz. Bei Alternativen wurden wir tüchtig „durchgeleitet“. Nicht umsonst gelten die Rayon- und Stadtpartei-Komitees als die entscheidende politische Gliederung der Partei. Wir bewerten die schon durch diese Zusammenkunft allein uns entgegengebrachte Aufmerksamkeit sehr positiv.

P. Meinkow, Sekretär des Partei-Komitees in der Kohlengrube „50 Jahre Oktoberrevolution“ der Vereinigung „Karagandugol“ (Schluß S. 2)

Treue zur sozialistischen Wahl

Die Diskussion auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU hat die Lage in der Wirtschaft, im sozialen Bereich und im politischen Leben sowie die Spannungen der Perestrojka-Prozesse im Lande widerspiegelt. Das sagte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, am 10. Juli auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU in seinem Schlußwort zu den Ergebnissen der einwöchigen Diskussion über den politischen Bericht des ZK.

Nach Gorbatschows Meinung habe die Diskussion gezeigt, daß der politische Kurs auf Perestrojka und Erneuerung der gesamten sowjetischen Gesellschaft so gut wie von keinem angezweifelt werde. M. S. Gorbatschow schätzte die Ergebnisse der Veränderungen, ungeachtet zugelassener Fehler, als „beachtlich und fortschrittlich“ ein. Das wichtigste bestehe darin, daß die Gesellschaft Freiheit erlangte. Ohne Freiheit hätte es auch diesen Parteitag nicht gegeben, sagte Gorbatschow und hob zugleich hervor, daß die Partei und das Land als Ganzes noch nicht vermischt haben, die erlangte Freiheit zu nutzen.

M. S. Gorbatschow charakterisierte die politische Reform und die Kommunisten und die Parteiorganisationen auf, den Sowjets zu helfen, schnellstmöglich die gesamte Macht zu übernehmen und alle Rechte voll wahrzunehmen.

Zu den Ursachen der Krise in der Partei, sagte M. S. Gorbatschow, es seien mangelndes Können und in einigen Fällen auch mangelnde Wille gewesen, bis zum Ende zu greifen, daß wir bereits in einer neuen Gesellschaft leben und arbeiten, einer Gesellschaft, die überaus politisiert ist, einer Gesellschaft mit einer umfassenden und praktisch unbegrenzten Glasnost. Diejenigen Delegierten hätten sich geirrt, die in der Hoffnung zum Parteitag gekommen sind, die Partei in die alten Bedingungen des Kommandierens und Befehls zurückzuführen.

Die Partei wird erst dann der Vortrupp der Gesellschaft und erst dann erfolgreich arbeiten können, wenn sie sich ihrer neuen Rolle voll und ganz bewußt wird und ihre inneren Reformen auf dem Wege der Demokratisierung binnen kurzer Zeit beendet, betonte M. S. Gorbatschow.

M. S. Gorbatschow ging auf Äußerungen von Delegierten zur Wirtschaftspolitik der KPdSU ein

und verwies auf die „schonungslose Kritik“ an der Partei- und Staatsführung. Die wichtigsten Aufgaben in diesem Bereich bestünden in der Lösung des Lebensmittel- und des Wohnungsproblems sowie im Übergang zur regulierten Marktwirtschaft. M. S. Gorbatschow hob ferner hervor, daß die ganze Geschichte des Landes die Haltlosigkeit der Versuche vor Augen geführt hat, durch Aufmöbeln und Aufpolieren des administrativen Kommandosystems aus der Krise herauszukommen. Wenn wir weiterhin so handeln, werden wir das Land, offen gesagt, in den Bankrott führen, fügte er hinzu.

Auf die Agrarpolitik eingehend, sprach sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU für absolute Freiheit aller Wirtschaftsformen, für einen vernünftigen Austausch zwischen Stadt und Land und für die Unterstützung der Lösung der sozialen Probleme des Dorfes durch den Staat aus. Gerade diese drei Pfeiler eignen sich dazu, das Dorf wiederherzustellen und das Land mit Lebensmitteln zu versorgen, betonte M. S. Gorbatschow.

Auf die ideologische Arbeit der KPdSU eingehend, bemerkte der Generalsekretär des ZK, daß dieser Tätigkeitsbereich der Partei auf dem Parteitag „wohl am schärfsten kritisiert“ wurde. Dabei kam es auch zu Grobheiten, fügte er hinzu. M. S. Gorbatschow stimmte vielen kritischen Äußerungen zu. Zugleich erklärte er: „In der Kritik der ideologischen Situation habe ich den starken Hauch des alten Herangehens gespürt. Wie er betonte, darf nicht zugelassen werden, daß alles, was Marx, Engels und Lenin geschaffen haben, in einen weiteren „kurzen Abriss“ verwandelt wird, „was mancherne offensichtlich sehr bedauert“.

So etwas wird es nicht mehr geben, das werde für die Umgestaltung, für die Gesellschaft den Untergang bedeuten“, sagte der Redner.

M. S. Gorbatschow gab Fehler, die in der Nationalitätenpolitik begangen wurden, zu und schlug den Delegierten vor, im Namen der Kommunisten an alle Völker des Landes zu appellieren, „damit aufzuhören, das Schicksal zu versuchen“, und daran zu gehen, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken „Leben einzuhauchen“.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU ging ferner auf die scharfe Kritik am außenpoliti-

schen Kurs des Landes in einigen Diskussionsbeiträgen ein. Unter Hinweis darauf, daß kompetente Bemerkungen berücksichtigt werden, wies M. S. Gorbatschow zugleich Versuche entschieden zurück, die Außenpolitik der UdSSR, die von der gegenwärtigen Führung des Landes betrieben wird, in Zweifel zu ziehen.

Als unbegründet wertete der Generalsekretär des ZK der KPdSU Bedenken hinsichtlich der Richtigkeit dessen, daß die UdSSR den Weg der Abrüstung und der Reduzierung der übermäßig großen Militärausgaben eingeschlagen hat, sich nicht in die Ereignisse in Osteuropa einmische und ihre Truppen aus Afghanistan abgezogen hat. Der KPdSU-Chef wies diese Äußerungen zurück und verwies auf die Gefahr, sich von Menschen gängeln zu lassen, die inkompetent in der Politik sind. Das würde Unheil bringen, sagte er. Die Partei, die darauf Anspruch erhebt, Avantgarde zu sein, muß selbst führen und sich nicht verschiedenen Stimmungen anpassen.

Ich glaube, daß die ganze Welt uns Gehör schenkt, wenn wir die Umgestaltung voranbringen und zeigen wollen, daß unsere Gesellschaft fähig ist, fortschrittlich und zu allen Völkern freundlich zu sein. Ohne neue Außenpolitik ist es unmöglich, das eigene Land umzugestalten, betonte M. S. Gorbatschow.

Der führende Repräsentant der KPdSU, M. S. Gorbatschow, ist im Namen des Rates von Vertretern der Delegationen erneut als Generalsekretär vorgeschlagen worden.

Trotzdem sprach sich eine Reihe von Delegierten erneut gegen die gleichzeitige Ausübung der höchsten Ämter in Partei und Staat aus. Dabei schlugen die einen M. S. Gorbatschow vor, auf das Amt des Präsidenten und andere auf das des Generalsekretärs zu verzichten. Doch viele erklärten sich mit diesem Standpunkt nicht einverstanden. Sie unterstrichen, daß die Trennung der Ämter zu einer Schwächung der Partei und der Präsidialgewalt führen wird.

Neben M. S. Gorbatschow nannten die Delegierten sieben Kandidaten. Die vorgeschlagenen Kandidaten — Außenminister E. A. Schewardnadse, Sekretär des ZK der KPdSU A. N. Jakowlew, Innenminister W. W. Bakatin, der 2. Sekretär des ZK der KP Arme-

niens, O. I. Lobow (bei der Wahl des Führers der KP der Russischen Föderation hatte er die erforderliche Stimmenmehrheit verfehlt), der Lehrer einer Militärakademie N. S. Stojjarow und der Vorsitzende eines Stadtbezirkskomitees Kulbyschew O. N. Sjusjew — hatten ihre Kandidaturen zurückgezogen.

Der Rivale M. S. Gorbatschows im Kampf um den Posten des Generalsekretärs des ZK der KPdSU ist der 58jährige T. G. Awallani, 1. Sekretär des Stadtpartei-Komitees von Kisseljowsk, ein Bergarbeiterstamm im Kusnezokkohlebecken. Die Delegierten des XXVIII. Parteitag der KPdSU haben die beiden auf den Wahlzettel für die Geheimabstimmung gesetzt.

Bei der Erörterung seiner Kandidatur für den Posten des Parteiführers, sagte M. S. Gorbatschow, er trägt die größte Verantwortung dafür, was getan wurde, für alle begangenen Fehler. Nun haben die Delegierten das Wort. Sie werden stimmen und ihre Wahl treffen“, erklärte er.

M. S. Gorbatschow hat keine ausführliche Darlegung seines Programms gegeben. Er betonte lediglich, daß die größte Gefahr in der jetzigen entscheidenden Etappe der Umgestaltung darin besteht, eine Konfrontation in der Partei und der Gesellschaft zuzulassen. M. S. Gorbatschow warnte vor einer Spaltung der demokratischen und der fortschrittlichen Kräfte, die radikal auf Umwandlungen in der Gesellschaft gestimmt sind.

Wenn er gewählt wird, wird er alles für die Lösung der herangereiften Probleme unternehmen, erklärte M. S. Gorbatschow. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Notwendigkeit „überaus ernster Umwandlungen sowohl in der Zusammensetzung des ZK, als auch in der Führung“.

Anschließend beantwortete M. S. Gorbatschow mündliche Fragen der Delegierten.

Er hat dabei ein weiteres Mal seine Treue zur sozialistischen Wahl bekräftigt. „Ich werde niemals mit denen verbunden sein, die das Land zur Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung drängen“, sagte Gorbatschow. Aber das bedeutet nach seinen Worten nicht, daß er die kapitalistische Gesellschaft von den anderen Varianten der sozialen Wahl durch einen „eisernen Vorhang“, durch die „Betonmauer“ abtrennt. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU sprach sich für die Zusammenarbeit der UdSSR „mit allen Ländern, für den Austausch von Werten, für die Bereicherung der Kulturen“ aus.

Bei der Durchführung fundamentaler revolutionärer Veränderungen in der Gesellschaft darf man nicht zulassen, daß die Gesellschaft in blutige Konflikte verwickelt wird.

Auf seine Einstellung zum Auftreten des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, B. N. Jelzjin, auf dem Parteitag angesprochen, sagte Gorbatschow, mit dem Teil der Rede Jelzjins, in dem es heißt, daß sich die KPdSU erneuern und reformieren muß, seien alle einverstanden. Was Jelzjins Vorstellung von diesem Prozeß betrifft, gebe es hierbei keine volle Klarheit. „Wir werden davon ausgehen, daß die Kommunisten dort Parteiorganisationen gründen und dort arbeiten können, wo sie es für nötig und möglich halten. Ein anderes Herangehen würde die Verletzung der Verfassungsnormen und der Menschenrechte bedeuten“, betonte M. S. Gorbatschow.

Bei der Geheimabstimmung, die am Nachmittag stattfand, erhielt M. S. Gorbatschow 3 411



Der Vorsitzende des Ministerrates der Kasachischen SSR U. K. Karamanow im Gespräch mit den Delegierten aus dem Gebiet Kokshetau. Foto: KasTAg

Gehen oder bleiben?

Zur gegenwärtigen Situation der Deutschen in der Sowjetunion

Wie bereits gemeldet, wollte vom 1. bis 13. Juni 1990 eine 33köpfige Delegation von Aktivisten der Gesellschaft „Wiedergeburt“ unter der Leitung ihres Vorsitzenden Heinrich Groth in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Seminar. Sein Thema lautete: „Erarbeitung von kulturellen und wirtschaftlichen Förderungsmöglichkeiten für Sowjetdeutsche in ihren jeweiligen Siedlungsgebieten der UdSSR.“

Im Mittelpunkt des umfangreichen Seminarprogramms stand die Frage, wie und durch welche Maßnahmen den Bürgern deutscher Nationalität in der UdSSR möglichst rasch zu helfen wäre, ihre nationale Identität in den Orten ihres

kompakten Siedelns zu wahren und zu fördern. Veranstalter des Seminars waren der VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) und die Landsmannschaft der Rußlanddeutschen. Es umfaßte unter anderem Gespräche und Diskussionen mit Vertretern zahlreicher Stiftungen, Zeitungs- und Buchverlagen sowie Journalisten und Wissenschaftlern.

Nachstehend bringen wir das Referat, das Robert KORN, Sekretär des Präsidiums der „Wiedergeburt“, während des Bundestreffens der Landsmannschaft der Rußlanddeutschen gehalten hat.

Noch bis vor kurzem hieß es in der Sowjetunion, die nationale Frage sei ein für allemal gelöst. Diese Doktrin Stalins ist unter allen seinen politischen Nachfolgern beibehalten worden. Nach dem Spruch vom „Sowjetvolk“ von der „sowjetischen Nation“ als einer „neuen Menschengemeinschaft“. Diese Doktrin war Bestandteil der Ideologie des Stalinismus, die um dessen Rechtfertigung willen geschaffen worden war. Das totalitäre System sah die Existenz einer jeden Nation als Bedrohung seiner Herrschaft und trachtete daher danach, eine „homogene Gesellschaft“ zu schaffen.

Das nach der Oktoberrevolution erklärte Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und Gleichheit wurde bald verletzt durch die von Stalin vorgenommene Einteilung der Völker in große und kleine, gute und schlechte, zuverlässige und verdächtige, durch willkürliche Entscheidungen über manche national-territoriale Strukturen bis hin zur Vertreibung und Deportation einiger Völker.

Am meisten haben darunter die Deutschen zu leiden gehabt, denn sie waren die größte Volksgruppe unter den von Stalin während des letzten Krieges aus ihren seit Jahrhunderten angestammten Siedlungsgebieten verschleppten Völkern. Die Vernichtungsmethoden übertrafen alle bis dahin bekannten Zwangsmaßnahmen gegen die deutsche Minderheit in der Sowjetunion. Deutsche Siedlungsgebiete wurden aufgelöst, die Bevölkerung gen Osten und Norden verschleppt. Männer über 16 Jahre und später auch junge Frauen wurden von den Familien getrennt und in Zwangsarbeitslager bzw. in die Arbeitsarmee (Trudarmija) gesteckt. Sie wurden hier als „Volksfeinde“ und „Vaterlandsverräter“ angesehen und dementsprechend behandelt. Oftmals sind die Kinder nach der Verschleppung ihrer Mütter in Kinderheime verschickt oder an anderssprachige Familien verteilt und somit zwangsassimiliert worden. Sehr viele Kinder kamen dabei ums Leben. Auch den Strapazen der sogenannten Evakuierung erlagen viele alte Menschen, Kinder und Kranke. Tausende starben vor Hunger, an Krankheiten und Entkräftung. Die Zahl der in den Lagern des GULAG ums Leben gekommenen Deutschen ist bis heute unbekannt.

Dessenungeachtet sind die Sowjetdeutschen die größte deutsche Volksgruppe, die sich in fremder nationaler Umgebung befindet. Zur Zeit leben in der Sowjetunion rund 2 Millionen Deutsche. Die meisten von ihnen sind heute noch in den ehemaligen Vernichtungsgebieten ansässig. Unter den mehr als 100 Nationalitäten der UdSSR stehen die Deutschen an 14. Stelle. Sie liegen zahlenmäßig sogar vor der angestammten Bevölkerung einiger Unionsrepubliken, wie z. B. der turkmenischen, der kirgisischen, der lettischen und der estnischen, haben aber bis jetzt kein autonomes Selbstverwaltungsgebiet. Die deutsche Sprache ist dabei als Amtssprache nicht anerkannt und dadurch zum Aussterben verurteilt.

Die Diskriminierung der Deutschen in der Sowjetunion kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß sie als Staatsgruppe in den obersten Staatsgremien nach wie vor nicht vertreten sind. Unser Schul- und Hochschulwesen, das eine Jahrhunderte alte Tradition hat, wurde 1941 zerstört. Es gibt in der ganzen Sowjetunion seit 50 Jahren keine einzige deutsche Schule — und das ist eine der bittersten Kriegsfolgen. Unter solchen Bedingungen kann natürlich eine eigene Kultur weder bewahrt noch ge-

pfligt werden. Außerdem stehen dafür auch keine Finanzmittel zur Verfügung.

Die drei deutschsprachigen Zeitungen — „Neues Leben“ in Moskau, „Freundschaft“ in Alma-Ata und „Rote Fahne“ in Slawgorod — deren Leserkreise sich immer mehr einengen, sind bis vor kurzem als Alibi für eine „gerechte Nationalitätspolitik“ benutzt worden. Dasselbe gilt auch für das Deutsche Theater in Alma-Ata, das nicht einmal ein Gebäude hat, sowie für die wenigen Schulen, in denen man versucht, Deutsch als Muttersprache zu unterrichten, und für die kärglichen Rundfunksendungen in Alma-Ata, Karaganda, Frunse, Omsk und Barnaul.

Der Grad der von den sowjetischen Behörden so beharrlich betriebenen Assimilierung der Deutschen in der Sowjetunion ist vergleichsweise hoch. Bei der letzten Volkszählung von 1989 erklärten nur 48,5 Prozent der Sowjetdeutschen, daß ihre Muttersprache Deutsch sei. Am weitesten ist die Assimilierung in der Russischen Föderation vorangeschritten. Die Gefahr, daß der größte Teil der Deutschen in der Sowjetunion sich schon in absehbarer Zeit in anderen Nationalitäten auflösen wird, liegt klar auf der Hand.

Unsere Gesellschaft „Wiedergeburt“, die im März vorigen Jahres von hundert Abgeordneten unserer Landsleute gegründet wurde, sieht den Ausweg aus dieser Lage nur in der Wiederherstellung der deutschen Republik an der Wolga, die zum kulturellen und politischen Zentrum für alle in der Sowjetunion lebenden Deutschen werden muß, ganz unabhängig von ihren heutigen Wohngebieten. Die „Wiedergeburt“ hat eine große Arbeit geleistet, um die öffentliche Meinung in der Sowjetunion für diese Arbeit zu gewinnen. Aus Vertretern der Gesellschaft wurden einige Delegationen gebildet, die die obersten Staatsgremien über die Probleme der Sowjetdeutschen wiederholt informiert haben.

Im Juli 1989 sind von Nationalitätensowjet Kommissionen eingesetzt worden, die die Probleme der deportierten Völker untersucht haben. Dazu gehören die Sowjetdeutschen, die Krimtataren und die Meschet-Türken. Die Arbeit der Kommissionen war darauf ausgerichtet, Mittel und Wege zu finden für die Wiederherstellung der Rechte dieser Völker. Aufgrund der Analyse der mit dem Themenkomplex zusammenhängenden Probleme ist die für die Deutschen zuständige Kommission zu folgenden Ergebnissen gekommen: Wenn von einer Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit die Rede sein soll, so muß die Autonomie der Sowjetdeutschen in einigen Bezirken der Gebiete Saratow und Wolgograd wiederhergestellt werden, das heißt, auf dem Territorium der ehemaligen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen. Der Oberste Sowjet hat diese Schlussfolgerungen gutgeheißen und dem Ministerrat den Auftrag erteilt, seinerseits staatliche Kommissionen für die Lösung praktischer Fragen, die mit der Wiederherstellung der Autonomie der Sowjetdeutschen und Krimtataren verbunden sind, einzusetzen. Die Beschlüsse der Kommission des Nationalitätensowjets wurden aber auf einer für die Massenmedien geschlossenen Sitzung des Obersten Sowjets gebilligt und nur im Wolgagbiet in zwei Regionalzeitungen veröffentlicht, was offensichtlich die antideutsche Stimmung dort weiter anheizen sollte.

Gleichzeitig trat zutage, was wir immer befürchtet hatten. Der Vorsitzende des Nationalitätensowjets, Rafik Nischanow,

redete sich darauf aus, es sei bedauerlich worden, die Autonomie der Deutschen „etappenweise“ zu vollziehen. Dafür müsse eine Zeitspanne von zehn Jahren veranschlagt werden.

Angesichts dieser Situation versammelten sich unsere Abgeordneten unter Leitung des Vorsitzenden der „Wiedergeburt“, Heinrich Groth, am 19. Dezember 1989 vor den Hotels „Moskwa“ und „Rossija“ wo die meisten Volksdeputierten untergebracht waren. Wir bildeten zusammen mit den Krimtataren und den Meschet-Türken eine Menschenkette, trugen Spruchbänder und verteilten Flugblätter an die Volksdeputierten und an Passanten. Die Aktion dauerte einige Tage.

Erst danach ist die von Obersten Sowjet vorgeschlagene Kommission ins Leben gerufen worden, ihre Leitung wurde dem ehemaligen Parteichef des Gebiets Saratow, Gussjew, übertragen. Diese Kommission umgibt jedoch bewußt ihre Hauptaufgabe — die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen in der Sowjetunion. Die Hinhalte- und Verschleppungstaktik wird also fortgesetzt. Genauso wie die antideutsche Hetzkampagne an der Wolga.

So verbreitet dort Iwan Kusnezow, seines Zeichens nach Mitglied des Büros des Gebietspartei-Komitees Saratow, absichtlich Gerüchte, man habe bei den Deutschen vor der Aussiedlung Waffen und Munition gefunden. Und der Sekretär des Parteikomitees des Sowchos „Snamja pobedy“, Rayon Marx, Syrych, sagte auf einer Volksversammlung: „Wir werden den Deutschen, die die Autonomie verlangen, die Zungen ausreißen!“ Der Sowchodirektor Ignatow aus dem Rayon Krasnoarmejsk (Balzer), drohte, eine Partisanenabteilung zu gründen, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Unsere Landsleute an der Wolga werden wieder erniedrigt, beschimpft, sind Drohungen ausgesetzt. So meinte der Kriegsverbrecher F. Schmachtin, er habe die Deutschen während des Krieges geschlagen und würde sie auch jetzt erwürgen. Und die jüngere Generation bleibt den „Veteranen“ nicht nach. Die Studenten des Sowchos-Technikums „Marxowski“ Jerostschkin und Koslitzew, sind bereit, „Deutsche zu töten“. Diese Stimmung findet bei ihren Kommilitonen und Lehrern Anerkennung.

Unter diesen Umständen sehen sich die Sowjetdeutschen gezwungen, das Gebiet zu verlassen. Sie wollen überwiegend nach Deutschland, wo aber die wenigsten von ihnen Verwandte haben. Bei der Deutschen Botschaft in Moskau sollen sich bislang über 4 000 Deutsche von der Wolga gemeldet und um Rat und Hilfe gebeten haben.

Die Spannung an der Wolga ist groß und nimmt an Härte zu. Das „Neue Leben“ veröffentlichte dieser Tage einen „Offenen Brief“ des KGB-Mannes Kischtschin. Darin heißt es, daß die im Gebiet Saratow lebenden Deutschen gegenwärtig „mit massiven Drohungen“ dazu aufgefordert würden, das Land zu verlassen. Auch in den mittelasiatischen Republiken stehen unsere Landsleute gegenwärtig unter akutem Vertreibungsdruck. Dort wird die Vertreibung aller „nicht-angestammten Völker“ propagiert. Für die Deutschen besteht die Gefahr, in das Räderwerk der zunehmenden nationalen Spannungen in Mittelasien hineingezogen zu werden. Hier kann sich die Lage über Nacht verschärfen, wie es die jüngste Vergangenheit gezeigt hat. Dann müssen die Deutschen um ihr Leben fürchten und die Region schnell verlassen. Da es in der Sowjetunion keine Flüchtlingshilfeorganisation gibt, würden

sie ohne Versorgung bleiben. Daher appellieren wir an die westdeutschen Politiker, die administrativen Maßnahmen zur zeitlichen Verzögerung des Zuzugs von Ausländern auf die Rußlanddeutschen nicht anzuwenden und dafür zu sorgen, daß die vom Vertreibungsdruck am stärksten Betroffenen schnellstens ausreisen können. Es soll aber hier nicht der Eindruck entstehen, daß sich unsere Gesellschaft nur um die Ausreise unserer Landsleute bemüht. Ganz im Gegenteil. Wir sind nach wie vor bestrebt, unsere Landsleute, die nicht gehen wollen oder können, zu unterstützen und alles Mögliche für die Erhaltung unserer Identität in der Sowjetunion zu tun. Und wir freuen uns darüber, daß sich in diesem Sinne die Möglichkeit ergibt, mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland e. V. (VDA), der sich künftig verstärkt um die Rußlanddeutschen kümmern will, und der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland zusammenzuarbeiten.

Da ein gut funktionierendes Kommunikations- und Organisationssystem für unsere Autonomiebewegung äußerst wichtig ist, soll schon in den nächsten Wochen die Zentrale unserer Gesellschaft „Wiedergeburt“ in Moskau mit modernen Büro- und Kommunikationsmitteln ausgestattet werden. Das ist anschließend auch für die örtlichen Organisationen der Gesellschaft vorgesehen. Bundesregierung und die Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der FDP haben ihre Bereitschaft zur Unterstützung und Mitfinanzierung der Projekte zu erkennen gegeben.

Da wir auf die Wiedererlernung und Pflege unserer Muttersprache großen Wert legen, sind dafür spezielle Förderungsmaßnahmen vereinbart worden. Sie sehen Stipendien für Lehrer, Journalisten, Erzieher und Kommunalpolitiker vor. Schon in diesem Herbst werden Kindergärtnerinnen zur Fortbildung in die Bundesrepublik kommen, und 30 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren werden für sechs Wochen zum Sprachstudium in der Bundesrepublik erwartet. Darüber hinaus sind im Oktober in Kasachstan Seminare für Deutschlehrer (die Deutsch als Muttersprache unterrichten) und Chorleiter geplant, die der VDA in Zusammenarbeit mit der „Wiedergeburt“ organisieren wird. Vereinbart wurde außerdem die Ausstattung von Vorschulrichtungen und Schulen mit Lehrmaterialien für den muttersprachlichen Unterricht, Lehrbücher, methodisch-didaktische und audiovisuelle Lehrmittel sollen künftig in Sibirien und Mittelasien zum Einsatz kommen. Das wäre die wichtigsten Richtungen unserer Zusammenarbeit, die der VDA unter das Motto „Den Deutschen in der Sowjetunion ihre Heimat erhalten“ gestellt hat.

Während unseres Aufenthalts in der Bundesrepublik hatten wir außerdem Gelegenheit, die Bundesregierung, die Parteien und Vertreter von Wirtschaft und Verwaltung über die Lage unserer Landsleute in der UdSSR zu unterrichten. Und auch mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland haben wir gute Kontakte geknüpft. Wir hoffen, daß sich diese Bindungen in Zukunft festigen lassen und daß sie eine für beide Seiten ersprießliche Zusammenarbeit ermöglichen werden.

Wir sind uns aber darüber im klaren, daß keine Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildung und der Kultur — und seien sie noch so effektiv — die Wiederherstellung unserer Staatlichkeit an der Wolga ersetzen können. Gewisse Hoffnungen verbinden wir jetzt mit der neuen Führung der Russischen Föderation, die auch darüber zu entscheiden hat. Wie lange diese Hoffnungen bestehen bleiben, hängt von den konkreten Schritten der Sowjetregierung ab.

Die Gesellschaft „Wiedergeburt“ wird ihrerseits alles in ihrer Macht Stehende tun, damit die Deutschen in der Sowjetunion in ihren Rechten wiederhergestellt werden.

Robert KORN,
Verantwortlicher Sekretär
der Untongesellschaft „Wiedergeburt“

Die Ackerbauern des Belinski-Sowchos, Rayon Taranowskoje, Gebiet Kustanal, schauen jetzt nicht mehr hoffnungsvoll zum Himmel hinauf in Erwartung eines Regens. Sie haben einen Teil der Getreidekulturen als erste in der Nordregion der Republik auf Bewässerungsflächen untergebracht.

Die smaragdgrüne Weizen Saat steht auf dem 500 Hektar großen Feld dank den Bereisungen frohwüchsig da. Auf den Nachbarschlägen grünen üppig der Buchweizen, der Sorgho und die Sonnenblumen. Die Bewässerungsfläche im Agrarbetrieb ist 1 180 Hektar groß. Das ist ziemlich viel, zieht man in Betracht, daß es in der Nähe keine Wasserquellen — weder Flüsse, noch größere Seen gibt.



Achtung: Wertvolle Erfahrungen

Künstlicher Regen

Die Initiative reiche Administration des Sowchos, geleitet vom Direktor P. Salamow, holte das Wasser buchstäblich unter dem Boden hervor. Die um Hilfe angegangenen Geologen hatten die unterirdischen Quellen erschürft, andere Fachleute hatten 30 Bohrungen niedergebracht, die aus 45-Meter-Tiefe genügend Wasser fördern.

Unsere Bilder:
Der Sowchodirektor P. Salamow — ein im Gebiet bekannter Initiator des Bewässerungsackerbaus, Delegierter des Stützungsrepublikkongresses der Vertreter von Bauernwirtschaften, landwirtschaftlichen Pacht- und genossenschaftlichen Kollektiven, und der erfahrene Ackerbauer J. Ulrich sind zufrieden: Das Grundwasser dient den Interessen der Feldbauern.



Der Gärtner des Sowchos Lew Bunkin hat viel Sorgen: Ein 15 Hektar großer Obstgarten braucht viel Aufmerksamkeit.
Die Ulrichs (Vater und Tochter) haben in der heißen Steppe einen Garten angelegt.

Fotos: KasTAG

Das in die Steppe gekommene lebenspendende Naß weckte die Initiative nicht nur der Ackerbauern. Es wurde eine Brigade von Gemüsebauern geschaffen. Sie bestellten in diesem Jahr 15 Hektar mit Wasser- und Zuckermelonen, Tomaten, Gurken und Gemüsekrautern. Es wurde auch ein Obstgarten angelegt.

Im Sowchos beabsichtigt man, den Bewässerungsackerbau, darunter auch den Anbau von Getreidekulturen, zu erweitern, die Fläche aber, die gegenwärtig Weizen und andere Kulturen einnehmen, bedeutend zugunsten der Weiden zu verringern.

„Wir rechnen mit mindestens 30 Dezitonnen Weizen je Bewässerungshektar“, meint der Direktor. „Bei geringeren Flächen werden wir sowohl die Erfüllung des staatlichen Auftrags als auch die Beschaffung von Futtermitteln gewährleisten. Durch die Vergrößerung der Wiesen werden wir mehr Heu erhalten. All das wird uns den Pflanzenbau und die Viehzucht sicher betreiben helfen.“



Resolution

des XXVIII. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Zum Schutz der demokratischen Rechte, gegen die Verfolgung der Kommunisten

Die KPdSU erkennt das Recht jedes Volkes auf die eigene Wahl der Gesellschaftsordnung und der Lebensweise. Demokratie ist unvermeidbar mit der Herabsetzung der menschlichen Würde, mit der Schaffung einer Atmosphäre des Hasses und der Rache, mit Versuchen, unter verschiedenen Vorwänden die kommunistischen Parteien und sozialistisch orientierten gesellschaftlichen Bewegungen als solche sowie alle ihre Mitglieder und Anhänger zu zerschlagen, die durch die Zeit verworfenen Regimes nicht verantwortlich gemacht werden.

In einer Reihe von Ländern Osteuropas sahen sich im Laufe der sich dort vollziehenden Wandlungen viele Tausende den Ideen des Fortschritts treu ergebene Menschen gefährdet. Sie werden wegen ihrer Überzeugungen verfolgt und diskriminiert. Ihnen wird die Arbeitsbeschäftigung entzogen. Um ihre Familien wird eine unerträgliche Atmosphäre geschaffen, die nicht selten zu menschlichen Tragödien führt.

Der Antikommunismus hat in der Vergangenheit viel Unheil und Unglück hervorgebracht. Unter den Verhältnissen der pro-

klamierten Gesellschaft freier Bürger sind Verfolgungen aus politischen Gründen und psychologische Hetze unduldsam lösen ein bitteres Protestgefühl aus. Um Erscheinungen solcher Art auch immer zutage treten — im Ausland oder in unserem eigenen Lande.

Der Parteitags solidarisiert sich kameradschaftlich mit den Kommunisten und allen Menschen, die politischen Verfolgungen und moralischem Terror ausgesetzt werden, und appelliert an die fortschrittlichen Kräfte, die Ehre, Würde und die Rechte jedes Menschen in Schutz zu nehmen.

Der Ministerrat schrieb die Schulden ab

Der Ministerrat der UdSSR hat den Beschluß gefaßt, von den Kolchozen, Sowchosen und anderen landwirtschaftlichen Betrieben sowie den Betrieben der verarbeitenden Industrie des Agrar-Industrie-Komplexes die Schuld, die sie sich aus Anleihen der UdSSR-Banken ergibt, in Höhe von 40,3 Milliarden Rubel abzuschreiben.

Die Entscheidung, die Schuld zu erlassen, ist zwecks Sanierung der Wirtschaft getroffen worden und um günstige Voraussetzungen für die Arbeit der Kolchoze, Sowchoso und anderer Betriebe des Agrar-Industrie-Komplexes unter den Bedingungen des Übergangs zum marktwirtschaftlich orientierten System zu schaffen.

(TASS)

Drei Treffen im Kreml

(Schluß)

Unsere Meinungen und Vorschläge äußerten wir auf dieser Zusammenkunft im Sinne der großen Hoffnungen, die wir auf den Parteitags setzten. Der Generalsekretär berichtete über die Ziele und Aufgaben der KPdSU für die nächste Zukunft, über die Demokratisierung in der Partei, die meiste Zeit widmete er aber der Beantwortung von Fragen.

Vielleicht können wir Arbeiter noch nicht exakt Fragen formulieren, da wir weder Berufspolitiker noch gelbe Redner sind. Wir müssen es noch lernen, und in diesem Sinne war diese Zusammenkunft dennoch nicht unnützlich. Es ist gut, daß die Parteilinie ihre Stütze unter den Arbeitern sucht und es somit ausgeht, daß nur wenige aus unserer Mitte zum Parteitags delegiert worden sind. Es war nützlich, die individuellen und gemeinsamen Pflichten in ein Verhältnis zueinander zu bringen. M. S. Gorbatschow erläuterte uns so manches, und wir werden uns Mühe geben, das unseren Kollegen nahezubringen. Wir stellen uns jetzt deutlicher die voraussichtlichen Wege der Erfüllung des Lebensmittelprogramms, der Durchführung der Wirtschaftsreform vor, unsere Einstellung zum Markt und zu verschiedenen Eigentumsformen ist jetzt eindeutiger geworden.

Alle Delegierten des Parteitags suchen aktiv nach der Möglichkeit, ihre Gedanken und ihre Haltung zum Ausdruck zu bringen. Diese Zusammenkunft hat dafür eine neue Chance geboten. Es gelang, den Standpunkt der Sekretäre der Parteilinienorganisationen dem Generalsekretär unmittelbar vorzubringen. Berührt und behandelt wurde die Frage der Räte der Sekretäre von Parteilinienorganisationen. In unserer Republik agieren sie schon, im Lande aber gibt es davon noch wenig. Obgleich es das eine Erweiterung der Demokratie und Transparenz nicht in Worten, sondern in Wirklichkeit. Da die Parteilinienorganisation laut Statut die Grundlage der Partei ist, muß man ihr auch mehr Rechte gewähren.

Eine explosionsgefährliche Situation ist in der Kohlenindustrie entstanden. Der Stand der Erfüllung des Regierungsbeschlusses Nr. 608 erregt mit Recht Anstoß. Ein Streik droht an. Unser Parteikomitee pflegt enge Kontakte mit dem Arbeitsausschuß der Kohlengrube. Wir bemühen uns gemeinsam, das Bestmögliche zu erreichen und erzielen auch so manches. Beispielsweise haben wir eine Wäscherei gebaut, die bald betriebsfähig sein wird. Wenn das auch nur ein kleiner Fortschritt ist, doch aus ihrer Gesamtheit ergibt sich die Lösung der sozialen Probleme. Der Kampf um die Tagesbelange ist das wichtigste Anliegen jeder Partei-

Solche Zusammenkünfte sollten häufiger stattfinden!

G. ISSAKOW,
A. MAGSUMOW

Erlaß

des Präsidenten der UdSSR

Über die Bildung der Delegation der UdSSR für Verhandlungen mit der Delegation der Litauischen SSR

- Anläßlich der Verhängung des Moratoriums über den Akt der Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates vom 11. März 1990 durch den Obersten Sowjet der Litauischen SSR und in Übereinstimmung mit einer mit dem Obersten Sowjet der Litauischen SSR erzielten Vereinbarung über die Durchführung von Verhandlungen wird eine Delegation der UdSSR in folgender Besetzung gebildet:
- Ryschkow Nikolai Iwanowitsch — Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR (Leiter der Delegation).
- Masljukow Juri Dmitrijewitsch — 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR.

- UdSSR, Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR.
- Bakatin Wadim Viktorowitsch — Innenminister der UdSSR.
- Rewenko Grigori Iwanowitsch — Mitglied des Präsidialrates der UdSSR.
- Anissimow Stanislaw Wassiljewitsch — 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der UdSSR für Materialversorgung.
- Bobkow Filipp Denisowitsch — 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR.
- Wolmer Juri Michailowitsch — Minister für Hocheeschiffahrt der UdSSR.
- Gerastchenko Viktor Wlad-

- mitrowitsch — Vorstandsvorsitzender der Staatsbank der UdSSR.
- Kalmykow Juri Chamsatowitsch — Vorsitzender des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR für Gesetzgebung.
- Katuschew Konstantin Fjodorowitsch — Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR.
- Kebitsch Wjatscheslaw Franzewitsch — Vorsitzender des Ministerrates der Belorussischen SSR.
- Koblow Wladimir Leonidowitsch — 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Kommission des Ministerrates der UdSSR.
- Komplektow Viktor Georgijewitsch — Stellvertreter des Außenministers der UdSSR.

- Konarew Nikolai Semjonowitsch — Minister für Eisenbahnen der UdSSR.
- Moisesejew Michail Alexejewitsch — Generalstabschef der Sowjetischen Streitkräfte.
- Panukow Boris Jegorowitsch — Minister für zivile Luftfahrt der UdSSR.
- Orlow Wladimir Jefimowitsch — 1. Stellvertreter des Finanzministers der UdSSR.
- Silajew Iwan Stepanowitsch — Vorsitzender des Ministerrates der RSFSR.
- Scharipow Juri Kamalowitsch — Vorsitzender der Kommission

- des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR für soziale und ökonomische Entwicklung der Unions- und autonomen Republiken, autonomen Gebiete und Bezirke.
 - Stcherbakow Wladimir Iwanowitsch — Vorsitzender des Staatlichen Komitees der UdSSR für Arbeit und Soziales.
 - Jakowlew Wladimir Fjodorowitsch — Justizminister der UdSSR.
 - Janajew Gennadi Iwanowitsch — Vorsitzender des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften.
- Präsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
M. GORBATSCHOW
Moskau, Kreml, 9. Juli 1990



PANORAMA

Schulden steigen an

Die Finanzschulden der Länder der dritten Welt belaufen sich gegenwärtig auf unvorstellbare 1 200 Milliarden US-Dollar und steigen weiter rapide an. Dies geht aus einem Bericht des italienischen Politikers Bettino Craxi hervor, den er an UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar übergab. Als dessen Sonderbeauftragter für die Schuldenkrise hat Craxi in umfangreichen Recherchen damit eine erste Übersicht für die im Herbst nach Paris einberufene internationale Konferenz über die Schuldenproblematik erarbeitet, die gleichzeitig erschreckende Auswirkungen dieser Entwicklung aufzeigt.

Nahezu eine Milliarde Menschen in den armen Ländern sind direkt von der Schuldenkrise betroffen. In vielen Ländern Afrikas leben die Menschen heute nur 47 Jahre, während die durchschnittliche Lebenserwartung in den reichen westlichen Ländern 77 Jahre beträgt. In den USA liegt die Müttersterblichkeit bei 9 von 100 000, in Indien bei 500 und in Nigeria bei 1 500.

Die ärmsten Länder, in denen 50 Prozent der Weltbevölkerung leben, haben lediglich einen Anteil von 5,6 Prozent am produzierten Weltinkommen. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt dort im Jahr (Angabe von 1987) bei 290 Dollar, in den westlichen Industriestaaten erreicht es rund 14 500 Dollar. Ein Äthiopier mußte 1987 mit 130 Dollar ver-

suchen zu überleben, ein Schweizer dagegen konnte 21 000 Dollar verbrauchen.

Craxi bezeichnet in dem Bericht die Schuldenkrise als eine Lebensfrage, „die alle angeht“. Sie berge das Risiko in sich, die führenden Industrieländer und multilateralen Institutionen in eine Sackgasse zu führen, wenn sie nicht den Willen zu gemeinsamen Aktionen aufbrächten. Und dieses gerade zu einer Zeit, da die „Dividende des Friedens“ reiche Früchte bringen könnte.

Die Industriestaaten seien dringend aufgefordert, den Ländern der dritten Welt zu helfen. Ungerechtigkeiten müßten beseitigt und gerechte internationale Regelungen auf dem Gebiet der Finanzierung und Verzinsung geschaffen werden. Verwiesen wird auf den Zinsanstieg von fünf auf über elf Prozent in den 80er Jahren, die restriktive Geldpolitik fast aller Industriestaaten, Handelsbarrieren und den Quasi-Stopp privater Investitionen in den armen Ländern.

Die reichen Staaten hätten eine besondere ethische und politische Verantwortung, den armen Ländern bei der Überwindung der Schuldenkrise zu helfen, heißt es im Bericht, der eine Reihe von Empfehlungen zur Unterstützung der dritten Welt gibt. Besondere Anstrengungen müßten auch unternommen werden, um den osteuropäischen Ländern in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft beizustehen.



DIE WUPPERTALER SCHWEBEBAHN

...ist nicht nur das beliebteste Nahverkehrsmittel der Stadt, sie gilt — einschließlich ihrer 19 Bahnhöfe — auch als technisches Denkmal. Von den Stationen sind mehrere, so wie die Ausgangsstation Oberbarmen (Foto), durch Glashausschleifer und Jugendstil gekennzeichnet.

BRD

Foto: ADN

Erneut Nationalitätenhader

Mitglieder der rumänischen Nationalistenorganisation „Vatra Romaneasca“ (Wiege Rumäniens) haben in Bukarest eine landesweite Kampagne gegen den gleichberechtigten Unterricht für Angehörige der ungarischen Minderheit in deren Muttersprache gestartet. Mit einem Autokorso durch die Innenstadt forderten sie die Abschaffung des Unterrichts in den Sprachen der Minderheiten und protestierten gegen eine angebliche Bevorteilung von Schülern ungarischer Nationalität bei den jüngsten Aufnahmeprüfungen an den Oberschulen in Siebenbürgen. Diese nahm die „Vatra“ auch zum Anlaß für eine Kundgebung in der westrumänischen Stadt Oradea gegen die Einrichtung ungarischsprachiger Klassen an

den dortigen Berufs- und Oberschulen.

Aus einem Bericht des rumänischen Fernsehens ging hervor, daß dazu Hunderte „Werkstätige aus den Betrieben der Stadt, Schüler, Lehrkräfte und Wissenschaftler zusammengetrommelt worden waren. Mit einer ähnlichen von „Vatra Romaneasca“ organisierten „Massenkundgebung“ hatten die blutigen Nationalitätenkonflikte in der siebenbürgischen Stadt Tirgu Mures im März ihren Ausgang genommen, bei denen 3 Personen getötet und 300 verletzt worden waren.

Der Vorsitzende des Ungarischen Demokratischen Bundes in Rumänien, Geza Domokos, hat Zeitungsinterview bedauert, daß die Dialogbemühungen seltener Organisation eingehe.

Zur Situation in Afghanistan

Der Botschafter der Vereinigten Staaten bei der sogenannten „Provisorischen Regierung“ der afghanischen bewaffneten Opposition, die auf dem Territorium von Pakistan wirkt, Peter Thomsen, hat in einem vom „Frontier Post“ veröffentlichten Interview mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten den Umfang ihrer militärischen Hilfe für die Formationen dieser Regierung nicht reduziert haben und daß diese Hilfe „auf dem gleichen Niveau wie auch in den vergangenen Jahren aufrechterhalten bleibt“. Auf die Frage, wohin die von den Amerikanern gelieferten Waffen gelangen, äußerte er die Meinung, daß diese Waffen heute vorwiegend zur Gewährleistung der Kampfaktivitäten im Tal Paghman nicht weit von Kabul verwendet werden.

Aus Kabul ist inzwischen ein Bericht eingetroffen, wonach im Bezirk Paghman die seit 75 Tagen geführte Kampfaktion der Regierungstruppen gegen eine Truppenkonzentration der Opposition mit einer Stärke von einigen Tausend Mann erfolgreich abgeschlossen worden ist. Gerade dieser Bezirk war es aber, der gestützt auf Waffenlieferungen aus dem Ausland und ausländische Militärberatern von den Führern der afghanischen Opposition in einen Aufmarschraum gegnerischer Truppen und in einen Startplatz für den Raketenbeschuß der afghanischen Haupt-

stadt verwandelt worden ist, durch den allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 248 Menschen getötet und 1 045 verletzt worden sind. Somit kommen der Tod und die zu Krüppeln gemachten Menschen von Kabul auf das Gewissen der amerikanischen Lieferanten von Raketen und anderen Waffen.

Washington, so sollte schellen, müßte unter diesen Umstände sich seit langem darüber Gedanken machen, welchem Zweck eigentlich seine Militärhilfe in Afghanistan dient. Bezieht doch die Opposition ungeachtet des von ihr fortgesetzten Krieges gegen die zivile Bevölkerung weiterhin immer schrecklichere Waffen, darunter aus den USA, was dem afghanischen Volk immer neue Opfer und Zerstörungen bereitet. Der gleiche Thomsen gestand in seinem Interview, daß die afghanische Bevölkerung für eine friedliche Regelung eintritt. Aber sind denn die immer neuen und neuen Waffenlieferungen im Sinne dieser Hoffnungen des afghanischen Volkes?

Während des jüngsten Gipfeltreffens zwischen den Präsidenten der UdSSR und der USA gelangten die Seiten zu der Schlußfolgerung, daß der Weg zu Regelungen in Afghanistan nur ein Weg des Dialogs, der Verhandlungen und der Vorbereitung von freien Wahlen im Lande unter Kontrolle der internationalen Gemeinschaft sein

kann. Gerade darauf ist aber die von Kabul gesteuerte Politik der nationalen Aussöhnung gerichtet, die eine Beendigung des Bürgerkrieges, die Gewährleistung des Friedens und den Wiederaufbau des Landes zum Ziel hat. Diese Idee akzeptieren bis zu zwei Drittel der Kommandeure der bewaffneten regierungsfeindlichen Formationen. Lediglich die „Unversöhnlichen“, die untereinander einen brutalen Kampf um die „Einflußsphären“ und um ihrer eigenen Interessen willen führen, lehnen diese Idee ab, indem sie wieder jeden gesunden Menschenverstand für einen „Krieg bis zum siegreichen Ende“ plädieren.

Heute, da in der Sowjetunion und in den USA sich der Gedanke durchgesetzt hat, daß es zweckmäßig sei, eine Konferenz von Fachleuten beider Länder einzuberufen, um zu versuchen, eine eventuelle Variante für friedliche Regelung des Konflikts einzubringen, wäre die Einstellung der Waffenlieferungen durch alle Länder an die sich bekämpfenden Seiten von unschätzbare Bedeutung. Damit würden wichtige Impulse nicht nur den entsprechenden diplomatischen Bemühungen verliehen werden, sondern es würden auch für die Afghanen selbst die Möglichkeiten erleichtert, ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verwirklichen.

Auskold BIRJUKOW, TASS-Kommentator

Immer noch Millionen Analphabeten

In den Ländern Südasiens, von Nepal bis Sri Lanka und von Pakistan bis Bhutan, mit einer geschätzten Bevölkerung von schon über einer Milliarde zählt man derzeit immer noch 700 bis 800 Millionen des Lesens und Schreibens unkundige Menschen. Trotz nicht zu leugnender umfangreicher Anstrengungen für die Alphabetisierung sind in den Ländern auf dem Subkontinent zwischen 60 bis 65 Prozent (wie in Indien) und 75 bis 80 Prozent (wie in Bangladesch) der Einwohner Analphabeten. Das explosionsartige Bevölkerungswachstum hat in fast allen südasiatischen Staaten die Bemühungen um Alphabetisierung „überfordert“, so daß die absolute Zahl der Analphabeten im Ansteigen ist.

Dieser Tage nun wurde in Delhi auf einem von Bildungsexperten aus den Ländern der Südasi-

tischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) veranstalteten Seminar ein Report vorgelegt, in dem kritisch die Ursachen für den unbefriedigenden Nutzeffekt zahlloser Alphabetisierungsprogramme und Maßnahmen zusammengetragen werden. Als einen der Hauptfaktoren für die anhaltend hohe Zahl der Analphabeten nennt das Dokument den „Mangel an politischer Bereitschaft“, die Bildungsprobleme komplex und tiefgreifend anzugehen.

In diesem Zusammenhang wird besonders darauf verwiesen, daß das Analphabetentum kaum durch Bildungsprogramme allein, sondern nur im Rahmen allgemeiner Verbesserungen des sozialen Lebensniveaus großer Bevölkerungsschichten überwunden werden kann. Arbeitslose, unter der Armutsgrenze lebende Menschen sind, so der Bericht, naturgemäß

wenig an Bildung interessiert. Als weitere wichtige Ursache für das Stagnieren der Bemühungen um mehr Bildung nennt der Report das unkontrollierte, durchschnittlich bei zwei bis drei Prozent liegende jährliche Bevölkerungswachstum in den analysierten Ländern.

Ein Grund sei ferner die unterschiedliche regionale Entwicklung, so der Mangel an Institutionen, an Infrastruktur — hier vor allem an Kommunikations- und Transportmöglichkeiten. Das mache eine kontinuierliche Schul- und Weiterbildung vielerorts unmöglich. Die Zahl der Analphabeten steige ferner dadurch, daß wegen der geringen Einkommen der Eltern viele Kinder zur Arbeit geschickt werden. Unzureichend einbezogen in die Alphabetisierungsprogramme seien die Frauen.

Die Illusionen verfliegen

Die Finanzschulden der Länder der dritten Welt belaufen sich gegenwärtig auf unvorstellbare 1 200 Milliarden US-Dollar und steigen weiter rapide an. Dies geht aus einem Bericht des italienischen Politikers Bettino Craxi hervor, den er an UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar übergab. Als dessen Sonderbeauftragter für die Schuldenkrise hat Craxi in umfangreichen Recherchen damit eine erste Übersicht für die im Herbst nach Paris einberufene internationale Konferenz über die Schuldenproblematik erarbeitet, die gleichzeitig erschreckende Auswirkungen dieser Entwicklung aufzeigt.

Nahezu eine Milliarde Menschen in den armen Ländern sind direkt von der Schuldenkrise betroffen. In vielen Ländern Afrikas leben die Menschen heute nur 47 Jahre, während die durchschnittliche Lebenserwartung in den reichen westlichen Ländern 77 Jahre beträgt. In den USA liegt die Müttersterblichkeit bei 9 von 100 000, in Indien bei 500 und in Nigeria bei 1 500.

Das ärmste Land, in dem 50 Prozent der Weltbevölkerung leben, hat lediglich einen Anteil von 5,6 Prozent am produzierten Weltinkommen. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt dort im Jahr (Angabe von 1987) bei 290 Dollar, in den westlichen Industriestaaten erreicht es rund 14 500 Dollar. Ein Äthiopier mußte 1987 mit 130 Dollar ver-

suchen zu überleben, ein Schweizer dagegen konnte 21 000 Dollar verbrauchen. Craxi bezeichnet in dem Bericht die Schuldenkrise als eine Lebensfrage, „die alle angeht“. Sie berge das Risiko in sich, die führenden Industrieländer und multilateralen Institutionen in eine Sackgasse zu führen, wenn sie nicht den Willen zu gemeinsamen Aktionen aufbrächten. Und dieses gerade zu einer Zeit, da die „Dividende des Friedens“ reiche Früchte bringen könnte.

Die Industriestaaten seien dringend aufgefordert, den Ländern der dritten Welt zu helfen. Ungerechtigkeiten müßten beseitigt und gerechte internationale Regelungen auf dem Gebiet der Finanzierung und Verzinsung geschaffen werden. Verwiesen wird auf den Zinsanstieg von fünf auf über elf Prozent in den 80er Jahren, die restriktive Geldpolitik fast aller Industriestaaten, Handelsbarrieren und den Quasi-Stopp privater Investitionen in den armen Ländern.

Die reichen Staaten hätten eine besondere ethische und politische Verantwortung, den armen Ländern bei der Überwindung der Schuldenkrise zu helfen, heißt es im Bericht, der eine Reihe von Empfehlungen zur Unterstützung der dritten Welt gibt. Besondere Anstrengungen müßten auch unternommen werden, um den osteuropäischen Ländern in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft beizustehen.

Kirche warnt vor Sozialabbau

Vor einer weiteren Abbau der Sozialleistungen, vor allem im Erziehungs- und Gesundheitswesen, hat die Kirche von England auf ihrer gegenwärtig in York stattfindenden Synode gewarnt. In einem Bericht über die Lage in den Städten und den Sozialdienst der Kirchengemeinden wird gleichzeitig auf die wachsende Wohnungsnot und Obdachlosigkeit aufmerksam gemacht. Durch anhaltende Bodenspekulation werden die Preise für Eigenheime und Mieten in die Höhe getrieben, heißt es darin. In dem Dokument wird zu einer verstärkten Missionsarbeit in den städtischen Gebieten aufgerufen.

Der Erzbischof von Canterbury, Dr. Robert Runcie, verwies auf die innerhalb und außerhalb der Kirche von England geführte Diskussion, ob — wie er sagte — „das Herangehen an die Rekonstruktion der Städte von im wesentlichen marktwirtschaftlichem Gesichtspunkt annehmbar oder tatsächlich auch erfolgreich als Mittel ist, das allgemein anerkannte Ziel der Beseitigung von Armut und Abhängigkeit zu erreichen“. „Die Marktwirtschaft schafft keine moralischen Haltungen, sondern kann sie untergraben“, sagte der Erzbischof. „Deshalb darf unsere Anerkennung des Wertes des Marktes uns nicht dahin führen, daß wir uns einbilden, er sei die vollendete Verkörperung des göttlichen Willens.“

In wenigen Zeilen

LONDON. Als historischen Wendepunkt für Europa hat USA-Präsident George Bush den Londoner NATO-Gipfel bezeichnet. Auf einer Pressekonferenz in London sagte Bush, in Reaktion auf die Veränderungen in Europa habe die Allianz einen neuen Kurs in Richtung Stabilität und Ost-West-Zusammenarbeit eingeschlagen. Die NATO habe jetzt einen neuen Weg in Richtung Frieden vorgezeichnet. „Auf diesen Tag haben wir mehr als 40 Jahre gewartet“, äußerte Bush.

LEIPZIG. Deutsch als Fremdsprache zu erforschen, zu pflegen und zu verbreiten, hat sich ein Ende Juni in Leipzig gegründeter Verband auf die Fahnen geschrieben. Vorsitzender ist Dr. H. Schubert vom Leipziger Henderinstitut. Der „Verband Deutsch als Fremdsprache e. v.“ (DAF) steht allen auf diesem und ähnlichem Gebiet beruflich Tätigen oder in der Ausbildung befindlichen Personen offen. Die Fachorganisation richtet ihr Wirken auf eine enge Verbindung von Wissenschaft und Unterrichtspraxis und unterstützt Lehre, Forschung, Entwicklung sowie Aus- und Weiterbildung.

In Wien beginnen Expertengespräche zur Vorbereitung des von 19. bis 21. Dezember in Paris geplanten Gipfeltreffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die 16 NATO-Staaten und die sieben Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages sollen

Vorbereitung begonnen

in der französischen Hauptstadt einen ersten Vertrag zu den Wiener Verhandlungen über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa (VKSE) unterschreiben. Vermutlich wird in Paris

außerdem ein im KSZE-Rahmen beschlossener Katalog für Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM) unterzeichnet werden. Die Delegationen der 35

KSZE-Staaten werden in der Wiener Hofburg unter anderem über die Schaffung einer KSZE-Agentur für militärische Sicherheit, eines Zentrums für die Führung und Beilegung militärischer Konflikte und einer KSZE-Umweltbehörde

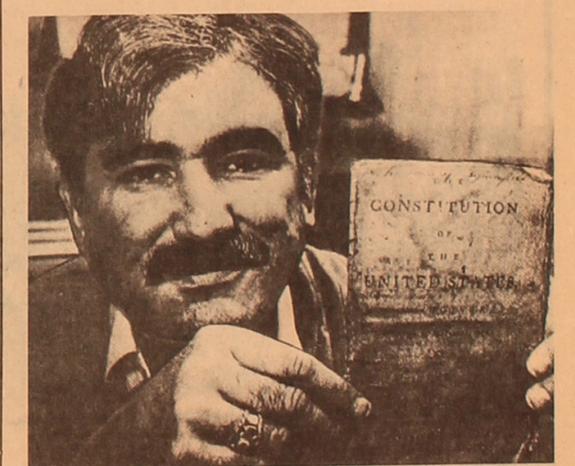
Durch Streik lahmgelegt

Der seit über eine Woche währende Streik in Nikaragua hat den internationalen Flughafen von Managua lahmgelegt. Auch die wichtigsten Übergänge nach Kostarika sind geschlossen, der Telefonverkehr ist weitgehend zusammengebrochen.

Die Situation hat sich zuspitzt. Aus Pflastersteinen und brennenden Autoreifen wurden Barrikaden errichtet. Streikende und Regierungsanhänger gerieten mehrfach in Auseinandersetzungen, bei denen es, ebenso wie bei Zusammenstößen mit der Polizei, Dutzende Verletzte gab.

Ärger über ein Foto

Um Japans Prinzenhochzeit hat es nun doch noch Ärger gegeben. Anlaß ist der Schnappschuß eines Fotografen der Nachrichten- und Fotoagentur Kyodo bei einem offiziellen Fototermin. Der kaiserliche Hofstaat hatte die Zurückziehung dieses Fotos verlangt, das bei den gestrigen Kaiserlichen Hofballen in Kiko streicht ihrem gerade angetrauten, Prinz Akihito, mit einer erfrischend liebevollen Geste die unkonventionell langen Haare aus dem Gesicht. Die Agentur weigerte sich, auf das Bild zu verzichten, und druckte es die aufgabenstärksten Zeitungen des Landes mit eben dieser Geschichte. Dieses Aufbegehren japanischer Journalisten gegen den Hof ist ein Novum. Der Bildreporter wurde für alle Termine im Kaiserhaus gesperrt.



Der bisher unbekannte Amateurhistoriker Michael Monroe aus dem Städtchen Newbury im amerikanischen Staat New Hampshire wurde mit einmal gleich berühmt: Im Archiv der örtlichen Bürgermeisterei stöbernd, entdeckte er plötzlich die ziemlich gut erhaltene, unerkennbar ältere, alte Kopie der Ausgabe der Verfassung der USA, die bekanntlich noch 1787 erschienen war. Darüber hinaus gehört das vom Historiker entdeckte Dokument zu der allerersten Auflage der amerikanischen Verfassung von nur 400 Exemplaren und ist, wie man vermutet, gegenwärtig das einzig erhaltene Exemplar. Die Fachleute wissen die Echtheit dieses Dokuments nach. Michael Monroe selbst erzählt: „Die Entdeckung machte ich ganz zufällig. Ich suchte ja einfach nach juristischen Werken... Heute sind wir 100-prozentig sicher, daß dieses Dokument 1787 in Portsmouth gedruckt worden ist. Authentisch macht ihn fast alles — die Eigenschaften des Papiers, die Handschrift darauf, die Tinte, die Art des Drucks.“

Unser Bild: Michael Monroe hält die von ihm gefundene Kopie der Verfassung der USA, gedruckt in einer Auflage von 400 Exemplaren im fernem Jahr 1787.

Foto: TASS

„Swimmingpool“ im Lavafeld

Malerisch eingebettet in eine unwirtliche, bizarre Landschaft dampft die „Blaue Lagune“, Mittelmeerbad, 30 bis 40 Grad warmes Wasser, Badehaus und Restaurant laden zum Verweilen in der Oase inmitten rauer Lavawildnis ein. Erwünscht man einen der seltenen wolkenlosen Tage und hat man etwas Phantasie, glaubt man sich bei einem Sonnenbad am eigens angelegten schmalen Sandstrand in südlicheren Gefilden. Und wer dann noch Zeit und das nötige „Kleingeld“ hat, kann anschließend im nahegelegenen Motel Logis nehmen.

Der „Swimmingpool“ im Lavafeld liegt nur 300 Kilometer südlich des Polarkreises, unweit der Straße zwischen der isländischen Hauptstadt Reykjavik und Keflavik. Ihre Entstehung verdankt die Lagune zwei unterirdischen Wasserreservoirs, die vor rund 15 Jahren in etwa 1 800 Meter Tiefe angezapft wurden. Das 240 Grad Celsius heiße Wasser-Dampf-Gemisch wird durch Rohrleitungen zu einem Erdwärmekraftwerk 80 Grad erhitzt, das a u b e r dem noch sieben Gemeinden und die USA-Basis Keflavik über

ein 300 Kilometer langes Leitungssystem mit Wärme versorgt. Das ganze Jahr über ist die weltweit wohl einmalige Lagune eine Attraktion und beliebtes Ausflugsziel für einheimische und tausende Touristen, denen nach strapazierten Touren über die „Feuertinsel“ eine Verschnaufpause hochwillkommen ist. Von einer Badetherapie in der „Blaue Lagune“ versprechen sich übrigens Ärzte nach fast 10 jährigen Erfahrungen gute Heilungschancen für Patienten, die an Schuppenflechte, Ekzemen oder Rheumatismus leiden.

Über 80 Prozent der rund 250 000 Einwohner Islands sind heute Nutznießer des auf der Insel vielerorts vorkommenden natürlichen heißen Wassers. Erdwärme dient vor allem zur Beheizung von Wohngebäuden, Gewächshäusern und Schwimmbädern. Auf der Atlantikküste gibt es etwa 250 Geothermalgebiete mit rund 800 heißen Quellen. Das Wasser kommt mit einer Durchschnittstemperatur von 75 Grad an die Erdoberfläche und kann dann direkt in die Heizungsanlagen der Verbraucher gepumpt werden.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.



Pompeji ist vielen Menschen ein Begriff. Weniger bekannt ist, daß es im Golf von Neapel unweit von Pompeji eine weitere antike Stadt gibt, Herculaneum. Beide Städte fielen im Jahre 79 unserer Zeitrechnung dem Ausbruch des Vesuvius zum Opfer.

Foto: ADN

